



Sitzungsniederschrift öffentlich

öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr

Sitzungsort:	Stadt Norderney Feuerwehrgerätehaus	
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 16.04.2019	Niederschrift gefertigt am: 07.05.2019
	Beginn: 18:00 Uhr	Ende: 20:56 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Johannes Terfehr SPD

Mitglieder

Frau Anke Dröst B90/Die Grünen
Herr Anfried Hauschild SPD
Herr Bernhard Onnen FWN
Herr Jens Podein FDP
Herr Tobias Schnippering CDU/FDP
Frau Silvia Selinger-Hugen CDU

Protokollführer

Herr Marco Bargstaedt

von der Verwaltung

Herr Frank Ulrichs Bürgermeister
Herr Jürgen Vißer

externes Mitglied

Herr Ralf Jürrens Wehrführer
Herr Wilhelm Loth Geschäftsführer
Herr Axel Stange Polizeihauptkommissar
Herr Hans Joachim Vollmer Vertreter der Wirtschaftsverbände

Abwesend:

Tagesordnung (öffentlicher Teil)

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

- TOP 2** Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 22. August 2018

- TOP 3** Bericht des Geschäftsführers der Staatsbad Norderney GmbH

- TOP 4** Sachstandsbericht zu geplanten Beschaffungen für die Freiwillige Feuerwehr
- TOP 5** Aufhebung des Mittagsfahrverbotes für den Liefer- und Handwerkerverkehr
- TOP 6** Zeitlich befristete Ausweisung der "Jann-Berghaus-Straße" zwischen der Straße "Herrenpfad" und der "Poststraße" als Fußgängerzone
- TOP 7** Auswirkungen des E-Bike-Verkehrs auf das Norderneyer Verkehrssystem
- TOP 8** Saisonpersonal, Wohnkonzepte, Wohnbedarf
- TOP 9** Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 10** Anfragen und Anregungen
- TOP 11** Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

Protokoll (öffentlicher Teil)

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Vorsitzender Terfehr eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ausschussmitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Vollmer als Vertreter der Wirtschaftsverbände beantragt, die Themen **Saisonpersonal, Wohnkonzepte und Wohnbedarf** in die Tagesordnung aufzunehmen.

Vorsitzender Terfehr schlägt vor, die Themen als **TOP 8** aufzunehmen. Die folgenden **TOP** verschieben sich entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 22. August 2018

Die Niederschrift über die Sitzung vom 22.08.2018 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
-----	---

Nein:	1
Enthaltung:	2

zu TOP 3 Bericht des Geschäftsführers der Staatsbad Norderney GmbH

Geschäftsführer Loth berichtet aus dem Jahresbericht der Staatsbad Norderney GmbH. Demnach haben im Jahre 2018 mehr als 273.000 Tagesgäste die Insel besucht. Dies entspräche einem Plus von 11% zum Vorjahr und sei insbesondere mit dem guten Wetter zu begründen. Bei den Übernachtungen gäbe es einen Zuwachs von 0,2 % zum Vorjahr auf nunmehr 3,688 Mio. Jeder dritte Gast wähle aus den ostfriesischen Inseln Norderney als Reiseziel aus. Die Anzahl der Anreise sei um 4 % gestiegen, was trendgemäß zu einer immer kürzeren Aufenthaltsdauer führe. Es sei eine sinkende Wertschöpfung zu verzeichnen – der Gast ließe weniger Geld auf Norderney als in anderen touristischen Regionen. Dies sei vornehmlich auf die begrenzte Infrastruktur an der Nordsee zurückzuführen.

Bei der Strandkorbvermietung sei ein Rekord von über 140.000 Vermiettagen erzielt worden.

Im Frühjahr 2019 sei das Staatsbad mit dem Quality-Coast-Destination-Award und der Verleihung des Gold-Status ausgezeichnet worden.

Das bade:haus habe eine deutliche Aufwertung durch neue Umkleiden erhalten. Aufgrund des guten Sommerwetters sei im Bereich Familenthalasso ein Rückgang von „nur“ 5 % entstanden. Mit dem stabilen Spa-Bereich habe man über die Jahre eine Wetterunabhängigkeit erreicht.

Der Internetauftritt des Staatsbades sei sehr beliebt im Netz. Ca. 2 Mio. Aufrufe hätte es demnach bei den Webcams gegeben. Insgesamt verzeichne die Homepage 3,35 Mio. Sitzungen in 2018 – hier solle weiter aufgerüstet werden.

Mit dem Auslandsmarketing solle neben der Schweiz, Österreich und Belgien zukünftig auch die Region Groningen (Nähe zu Norderney) stärker angesprochen werden.

Die Durchführung der White-Sands-Feier im Conversationshaus habe entgegen der Befürchtungen, auch aufgrund der unaufgeregten Präsenz von Sicherheitsfirma und Polizei, wunderbar funktioniert. Auch für 2019 solle die Veranstaltung hier stattfinden.

Die Veranstaltung Klassiksommer solle versuchsweise und anlässlich des 222 Jahr Jubiläums in den Herbst verschoben werden. Für die Summertime 2019 seien erneut bekannte Interpreten eingeladen.

Geschäftsführer Loth erläutert die getätigten baulichen Investitionen des Staatsbades. Hier seien besonders die Neubauten der Personalhäuser 1 & 2 am Wasserturm mit insgesamt 96 Wohn-einheiten und einem Auftragsvolumen von ca. 9,8 Mio. Euro zu erwähnen. Aus der Ausschreibung der bisherigen Personalwohnungen am Weststrand ließe sich ein sehr hoher Bedarf an Personalwohnraum ableiten.

In den vergangenen 14 Jahren seien inkl. Fördermitteln ca. 54 Mio. Euro in touristische Infrastrukturen investiert worden.

Aufgrund der ähnlichen Strukturen solle eine der nächsten Aufsichtsratssitzungen der Staatsbad Norderney GmbH in Sankt Peter-Ording stattfinden.

Aufgrund besonderer Umbaumaßnahmen werde die Oase erst ca. Ende Juni 2019 wiedereröffnen.

Mit den getätigten Investitionen solle vor allem ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden, welcher sowohl Gäste als auch Einheimische umfasst.

Geplant seien ein Steg ins Wattenmeer, die Ertüchtigung der Thalassoplatzform am alten Postweg sowie die Klärung der baurechtlichen Genehmigung für die Schlafstrandkörbe am Strand.

zu TOP 4 Sachstandsbericht zu geplanten Beschaffungen für die Freiwillige Feuerwehr

StAR Vißer stellt die laufenden und geplanten Investitionen der Feuerwehr vor:

- a) Ein neues **MTF** (Mannschaftstransportfahrzeug) sei bestellt worden und verursache Kosten in Höhe von ca. 115.000 Euro. Es solle das ca. 20 Jahre alte MTF ablösen und werde mit einer Ladeboardwand zum Transport von Rollcontainern ausgestattet sein. Die Auslieferung sei für Ende Oktober 2019 geplant.
- b) Der Brand im Gewerbegebiet habe der Feuerwehr gezeigt, dass ein Tanklöschfahrzeug (TLF) im Brandfalle ein wichtiger Bestandteil des Löschzuges sei, um im Ernstfalle genügend Löschwasser für den Erstangriff zur Verfügung zu haben. Nachdem die Pumpe des abgängigen TLF (Baujahr 1981) nach einer Reparatur wieder defekt sei, habe man sich Gedanken über die Neuanschaffung eines **TLF 3000** gemacht. Dieses Fahrzeug soll ein Unimogfahrgestell besitzen und könne bis zu 3000 Liter Löschwasser transportieren. Um eine Ausschreibung im Jahr 2019 zu realisieren, sei eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 410.000 Euro für 2019 erteilt worden. Die Auslieferung könne dann in ca. 1,5 Jahren erfolgen.
- c) Die **Drehleiter** (Baujahr 1996) sei in 2016 einer großen Inspektion mit einigen Modifikationen unterzogen worden. Leider seien danach erneut gravierende Mängel am Fahrzeug aufgetreten. Man werde nicht um eine Neuanschaffung herumkommen. Mit einer Drehleiter der Fa. Magirus sei eine Probefahrt auf Norderney durchgeführt worden. Eine neue Drehleiter habe eine größere Gesamtlänge und würde mit einem Gelenkkorb ausgestattet werden. Um das Manövrieren in engen Straßen zu ermöglichen, müsse eine mitlenkende Hinterachse verbaut werden. Für die Beschaffung seien 900.000 Euro als Verpflichtungsermächtigung im Haushalt bereitgestellt. Nach erfolgter Ausschreibung müsse man von einer Lieferzeit von zwei Jahren ausgehen.

BM Ulrichs fügt hinzu, dass man beabsichtige, für die immensen Anschaffungen einen Zuschuss beim Landkreis Aurich zu beantragen. Im Katastrophenfall müsse Norderney aufgrund seiner Insellage wesentlich mehr Feuerwehrausstattung vorhalten als vergleichbare Gemeinden auf dem Festland.

- d) Im Bereich des Atemschutzes werde man zum Schutze der Feuerwehrleute neue Atemschutzmasken und Lungenautomaten beschaffen. Dieses Erfordernis müsse bis 2022 umgesetzt werden - man werde bereits in diesem Jahr an einer Sammelausschreibung des Landkreises teilnehmen. Die Kosten für 40 Atemschutzgeräte beliefen sich auf ca. 140.000 Euro.
- e) Eine weitere erstrebenswerte Anschaffung sei die eines **Schneidlöschergerätes**. Mit einer Lanze könne von außen eine Wand durchschnitten werden und innerhalb von Sekunden durch Wasserstöße die Raumtemperatur bei einem Brand deutlich gesenkt werden. Dies bringe wertvolle Zeit für den Folgeinsatz. Die Vorteile seien u. a., dass

wesentlich weniger Löschwasser benötigt würde und die Löschschäden minimiert würden. Das Gerät würde mit den zuvor erwähnten Rollcontainern im MTF transportiert werden können. Es würden Kosten von ca. 46.000 Euro entstehen.

- f) Es sei beabsichtigt verbesserte **Einsatzbekleidung** anzuschaffen. Die neuen Jacken und Hosen besäßen u. a. eine höhere Hitzebelastbarkeit und Rettungsschlaufen. Es müssten 80 Feuerwehrleute mit der zuvor getesteten Schutzkleidung ausgestattet werden. Für das Jahr 2019 sollen zunächst 20 Einheiten im Wert von ca. 25.000 Euro ausgeschrieben werden. Mit diesen könne man dann auch ausgiebige Erfahrungen im Einsatz machen.

Abschließend zeigt StAR Vißer anhand einer Übersicht den laufenden und geplanten Investitionsbedarf. Für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses seien noch die Beleuchtung des Vorplatzes, die Balkonsanierung sowie ein Brandschutzvorhang in der Fahrzeughalle geplant.

Der Gesamtbedarf beliefe sich hiernach auf ca. 1,8 Mio Euro. StAR Vißer erläutert, dass die Ausgaben wie z. B. die Kosten der Drehleiter erst in Folgejahren tatsächlich anfielen. Zunächst seien hier die Verpflichtungsermächtigungen eingeplant, um überhaupt eine Ausschreibung auf den Weg bringen zu können.

Stv. RV Selinger-Hugen fragt, ob die geplante Investition gemäß der Übersicht 2019 bis 2021 heißen müsse. StAR Vißer erläutert, dass zunächst nur die Verpflichtungsermächtigungen bestünden und mit erfolgter Auftragsvergabe die Buchungen in den mittelfristen Haushaltsplan übergängen. Die Ermächtigungen seien als Absichtserklärung und Vorgriff auf zukünftige Haushaltsjahre zu sehen.

RM Onnen erkundigt sich, ob die vorgestellte Drehleiter auch in einer kürzeren Ausführung erhältlich sei. Stadtbrandmeister Jürrens erklärt, dass das getestete Model das längste auf dem Markt sei und keine mitlenkende Hinterachse besitze. Mit einem entsprechend modifizierten Fahrgestell der Fa. Mercedes Benz könne man das Problem der Wendigkeit lösen.

RM Dröst erkundigt sich über den Zeitpunkt der letzten großen Investition im Bereich Feuerwehr. BM Ulrichs erklärt, dass man zwischen den Arten der Ausgaben (Gebäude, Fahrzeuge, Ausrüstung) unterscheiden müsse. RM Dröst fragt nach, wann das letzte Fahrzeug beschafft worden sei. StAR Vißer führt aus, dass im Jahre 2013 das LF-KatS sowie im Jahr 2015 der ELW angeschafft worden seien.

RM Dröst bezweifle nicht die Notwendigkeit der Anschaffungen, frage sich jedoch warum diese nun geballt anfallen. BM Ulrichs erklärt, man sei nach der 20-Jahresinspektion der Drehleiter davon ausgegangen, dass diese noch weitere zehn Jahre einsatztauglich sei. Dies sei leider nicht eingetreten.

RM Onnen lobt das ehrenamtliche Engagement der Feuerwehr. Für die freiwilligen Mitglieder müsse stets das „richtige Handwerkszeug“ vorhanden sein.

zu TOP 5 Aufhebung des Mittagsfahrverbotes für den Liefer- und Handwerkerverkehr

StAR Vißer erläutert die Regelungen der Saisonverkehrssperren 2017 / 2018 für Handwerksbetriebe und Fuhrunternehmen. Demnach habe es im Jahre 2017 in der Zeit vom 15.05. bis 30.09. ein Mittagsfahrverbot in der Zeit von 13.00 bis 15.00 Uhr gegeben. Aus dem Gedanken, den Verkehr in der Mittagszeit zuzulassen, sei im Jahr 2018 eine Testphase entstanden. Hier habe zwar nun von 13:00 bis 15:00 Uhr gefahren werden können, die Nachmittagszeit sei im gleichen Zug vom 15.05. bis 30.09. auf 17:00 Uhr reduziert worden.

Bei der Beantragung der Ausnahmegenehmigungen in 2018 seien einige Betriebe mit der Neuregelung nicht zufrieden gewesen, die Mehrheit habe die Änderungen jedoch positiv aufgenommen.

Vor Beginn des Saisonverkehrsverbotes 2019 habe man sich im Arbeitskreis Verkehr für eine Ausweitung der Fahrtzeiten bis 17.30 Uhr geeinigt. Dies sei für viele Betriebe von großem wirtschaftlichem Interesse. Eine Belästigung durch Fahrten in der Mittagszeit sei der Verwaltung von keiner Seite zugetragen worden. Der Landkreis Aurich als zuständige Straßenverkehrsbehörde habe der Änderung für die Dauer von zwei Jahren zugestimmt.

Stv. RV Selinger-Hugen merkt ergänzend an, dass man sich seinerzeit gegen das Mittagsfahrverbot entschieden habe, um den Fahrverkehr (13:00 aus der Stadt, 15:00 in die Stadt) zu verringern.

Beschluss:

Von der Fortführung des Versuches sowie der zeitlichen Aufweitung auf 17:30 Uhr wird Kenntnis genommen.

zu TOP 6 Zeitlich befristete Ausweisung der "Jann-Berghaus-Straße" zwischen der Straße "Herrenpfad" und der "Poststraße" als Fußgängerzone

StAR Vißer berichtet von kleineren Problemen, die während des Verkehrsversuches in den Sommerferien 2018 aufgrund von unterschiedlichen Regelungen (Friedrichstraße / Schmiedestraße) entstanden seien. Für den Lieferverkehr sei die neue Fußgängerzonenregelung mit eingeschränkten Lieferzeiten (bis 11:00 Uhr) schwierig gewesen. Das Verkehrszeichen 250 StVO (Durchfahrt verboten für Fahrzeuge aller Art) sei zusätzlich mit der Beschilderung 1012-32 StVO (Radfahrer absteigen) ergänzt worden. Der gewünschte Effekt sei jedoch nicht eingetreten. Für die Ausschilderung als Fußgängerzone mit Zeichen 242 StVO sei grundsätzlich eine teilweise Entwidmung der Verkehrsflächen notwendig. Die Straßenverkehrsbehörde habe jedoch einem erneuten Versuch mit einer Fußgängerzonenbeschilderung für eine Saison zugestimmt. Als Versuchszeitraum sei der 15.05. bis zum 30.09. geplant.

Für den Lieferverkehr solle zukünftig die Einfahrt über die Friedrichstraße als auch über die Jann-Berghaus-Straße von 08:00-12:00 Uhr ermöglicht werden.

Für Radfahrer werde es eine Anpassung an die Regelungen der anderen Fußgängerzonen (z. B. Bülowallee) geben. Grundsätzlich solle die Einfahrt frei sein, in der Zeit von Pfingsten bis zum Ende der Sommerferien jedoch eingeschränkt. Die Beschilderung werde entsprechend angepasst.

StAR Vißer erklärt, man überlege, temporäre Verkehrsinseln an den beiden Zufahrten aufzustellen. Diese gäbe es in verschiedenen Varianten. Eine leichte Verkehrsinsel (ca. 90 kg müsste angedübelt werden). Die massive Ausführung (ca. 300-400 Kg) verursache je nach Ausgestaltung Kosten zwischen 3.000 und 6.000 Euro.

RM Dröst spricht sich für eine optisch ansprechendere Lösung in Form von Blumenkübeln aus. StAR Vißer führt dazu an, dass beim Aufstellen solcher Objekte die Fahrbahn markiert werden müsse. In einer Fußgängerzone sei dies nicht erforderlich, bei der Jann-Berghaus-Straße handele es sich aber aufgrund der fehlenden Entwidmung nicht um eine „echte“ Fußgängerzone. RM Dröst regt an, dass ein Fahrradleitsystem welches bereits an der Luciusstraße eingesetzt würde, den Fahrradverkehr effizienter um die Fußgängerzonen

führen würde. StAR Vißer meint, die Idee sei gut – die Gestaltung einer Umleitungsrouten jedoch schwierig.

StAR Vißer sichert zu, dass man sich zu den Fragen der Ausgestaltung noch weitere Gedanken machen werde.

Beschluss:

Dem Vorschlag des Arbeitskreises „Verkehr“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	1

zu TOP 7 Auswirkungen des E-Bike-Verkehrs auf das Norderneyer Verkehrssystem

BM Ulrichs erklärt, dass dieses Thema sehr kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Er spricht die schon lange bestehenden Probleme insbesondere auf den Wanderwegen und Deichkronenwegen an. Der Trend zum schnelleren E-Bike werde die Probleme auf Verkehrsmischflächen verschärfen. Diese Entwicklung müsse man zum Anlass nehmen, um über Reduzierungen oder Beschränkungen nachzudenken. Eine Differenzierung zwischen herkömmlichem Fahrrad und dem Pedelec (Fahrrad mit Antriebshilfe) sei rechtlich nicht möglich.

BG Terfehr sieht die Problemschwerpunkte auf den Deichen, auf dem Alten Postweg sowie auf dem Zuckerpfad. Sollte sich hier keine bauliche Änderung herbeiführen lassen, plädiere er in diesen Bereichen für eine Ausweisung als reine Fußwege.

RM Dröst sieht einen direkten Zusammenhang zwischen einem steigenden Gästeaufkommen und dem wachsenden Fahrradangebot. Für ein gemeinschaftliches Miteinander dürfe man auch in der Fahrradverleihbranche die moralische Verantwortung nicht aus dem Auge verlieren. Das Problem auf den Wanderwegen ließe sich lösen, indem man den Radverkehr auf die Straße umleite. Es müsse über alternative Beförderungsmöglichkeiten nachgedacht werden.

Für die stv. RV Selinger-Hugen steht die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer im Vordergrund.

BG Terfehr berichtet über seine Anfrage zum Thema Zuckerpfad an die untere Naturschutzbehörde. Ein Ausbau der Randstreifen - welcher evtl. einen geteilten Fuß- und Radweg ermöglichen würde - sei nicht zulässig. Ein aufgeständerter parallel verlaufender Weg, welcher keinen großen Eingriff in die Natur verursachen würde, sei hingegen möglich.

BM Ulrichs verweist zu den gewünschten baulichen Änderungen auf die naturschutzfachliche Eingriffsregelung, nach welcher eine Kompensationsfläche entsiegelt werden müsste. Bei der zugrundeliegenden Fläche des Zuckerpads sei dies auch aufgrund der zum Teil sehr schmalen Wegführung ein sehr schwieriges Unterfangen. Überlegungen, die Wege zur Oase als Ausgleich zu entsiegeln und mit Muschelkalk zu befüllen, seien nicht optimal und würden zunächst nicht weiterverfolgt. Ein Ausschluss von Fahrrädern würde zwangsläufig auch die einheimische Bevölkerung treffen.

RM Dröst hinterfragt, warum es einfacher sei, einen neuen Weg im Dünenland zu bauen als die vorhandene Straße in den Inselosten mit einem Fahrradstreifen (Fahrbahnmarkierung) zu versehen. BG Terfehr ergänzt, dies würde auch den Verkehr dort insgesamt entschleunigen.

RM Podein führt an, dass man insbesondere an die Einheimischen denken müsse. Es dürfe nicht passieren, dass man die Mobilität von z. B. älteren Einwohnern durch Beschränkungen eingrenze. Für den Zuckerpad müssen man abwarten, wie sich die Verkehrsteilnehmer arrangieren.

PHK Stange stellt die Frage, ob man die Anzahl der zu vermietenden Fahrräder nicht begrenzen könne. Eine zeitliche Befristung der Wanderwege sei für Fahrräder denkbar.

BM Ulrichs antwortet, die Radverleihe unterliegen der Gewerbefreiheit. Hier könne man als Kommune nicht regulieren. Man müsse die neue Entwicklung im Auge behalten.

Stv. RV Selinger-Hugen ist es ein Anliegen, dass man nicht bis zum Ende der Saison warte, sondern vorher Lösungen und Konzepte im Rahmen der Möglichkeiten finden müsse.

BG Onnen verdeutlicht das Gefährdungspotential der E-Bikes und zeigt sich betrübt über das Eingreifen einer großen Firma in das E-Bike Verleihgeschäft.

RM Hauschild fragt, ob es bei der geführten Diskussion um die Antriebsart gehe. Das grundsätzliche Problem entstünde nicht durch die Antriebsart, sondern vielmehr durch ein stetig wachsendes Verkehrsaufkommen und des Versagens von Kontrollmechanismen. Das Maximum der Belastbarkeit sei erreicht und mit weiteren Steigerungen sei ein Kollaps zu erwarten. Wenn nichts mehr im Verkehr gehe, regele dieser sich schlussendlich selbst.

GF Loth gibt zu bedenken, dass es auch im Norderneyer Vermietsegment in der Sache der Natur läge, eine wirtschaftliche Steigerung erreichen zu wollen. Die Schuld dürfe nicht dem Gast gegeben werden, vielmehr müsse die Inselpolitik die Rahmenbedingen schaffen. Zur Frage des Zuckerpads führt er aus, dass es hier einer politischen Entscheidung bedürfe. Eine sachliche Bestandsaufnahme zum Thema Verkehr (auch Autoverkehr) sei erforderlich. Ein immer häufiger auftretendes Problem sei, dass mit E-Bikes am Flutsaum gefahren werde. Hier müsse man entschieden mit einem Verbot reagieren. Für das Innenstadtgebiet spricht er sich für einheitliche Regelungen aus.

Herr Vollmer, als Vertreter der Norderney Wirtschaftsverbände, weist darauf hin, dass bereits vor elf Jahren über das Thema Zuckerpad debattiert worden und bis heute keine Lösung in Sicht sei. Das Thema Verkehr stelle das größte Konfliktpotential dar. Der Fahrradverkehr müsse aus touristischer Sicht im Innenstadtbereich komplett verboten werden. Der E-Bike-Verleih sei seiner Meinung nach eine Erweiterung des touristischen Angebotes und werde insbesondere von Tagesgästen gut angenommen.

zu TOP 8 Saisonpersonal, Wohnkonzepte, Wohnbedarf

Herr Vollmer berichtet, dass die Verbände des DEHOGA, der Ortshandwerkerschaft sowie des Einzelhandels große Probleme mit der Personalbeschaffung hätten. Für manche Betriebe sei die Lage bereits dramatisch – einige hätten in der Saison bereits Ruhetage aufgrund von Personalmangel. Die Beteiligten seien der Meinung, dass Personalgewinnung sehr von vorhandenen Unterbringungs-möglichkeiten abhängen. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe seien betroffen – besonders stark bei befristeten Saisonkräften. Es gäbe mittlerweile sogar Konflikte zwischen untergebrachtem Saisonpersonal und Dauerwohnenden. Die steigenden Serviceansprüche ließen sich nur mit qualifiziertem Personal befriedigen.

Die in naher Zukunft frei werdenden Objekte reichten bei Weitem nicht aus, um den Wohnungsbedarf abzudecken. Des Weiteren sei die Akzeptanz in der Wohnbevölkerung sehr gering, wenn es um z. B. von Gastronomiepersonal genutzte Objekte in direkter Nachbarschaft ginge.

Lösungsansätze seien das Zulassen von Verdichtung und Legalisierung von Wohnraum z. B. im Gewerbegebiet sowie der Neubau von Wohnungen. Die Durchmischung von Einheimischenwohngebieten mit Personalwohnungen sei hierbei nicht das Ziel.

BG Onnen verlässt die Sitzung um 20:03 Uhr.

Herr Vollmer berichtet über den Vorschlag, auf der Bürgermeisterwiese z. B. in Modulbauweise Wohnraum für Arbeitnehmer zu schaffen. Dieser Ansatz sei flexibel und würde sich für viele Norderneyer Betriebe positiv auswirken.

BG Terfehr bedankt sich für die Ausführungen und bewertet diese als Denkanstoß für die Arbeit im Arbeitskreis.

zu TOP 9 Mitteilungen der Verwaltung

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung.

zu TOP 10 Anfragen und Anregungen

Stv. RV Selinger-Hugen erbittet eine Übersicht, wann und in welchen Gremien Entscheidungen zum Zuckerpfad gefallen sind. GF Loth gibt hierzu an, dass das Thema im Aufsichtsrat des Staatsbades des Öfteren besprochen worden sei.

BG Terfehr regt zum Thema Verkehrsreduzierung eine Diskussion an. Die bisherigen Bemühungen seien nur sehr vorsichtig und ergäben keine zeitnahen Auswirkungen. In dem Moment wo man etwas einschränke, müsse man eine Kompensation schaffen. Hierzu müsse der ÖPNV im Rahmen einer deutlichen Fahrplanerweiterung ausgebaut werden. Der Landkreis Aurich habe signalisiert, einer Testphase zuzustimmen und hierzu eine finanzielle Unterstützung zu stellen. Die bestehende Konzession lief mit diesem Jahr aus. Dies könne man als Möglichkeit sehen, bereits für den Sommer 2019 einen Probetrieb zu fahren.

RM Selinger-Hugen plädiert für eine zeitnahe Umsetzung.

Herr Vollmer führt hierzu aus, dass es für den Gast kaum Möglichkeiten des Koffertransportes gebe. Auch Schließfächer seien nicht mehr vorhanden.

RM Podein erkundigt sich über den Sachstand des Entfernens des „Cube-Containers“ am Hafenterminal. Dieser solle bis Ostern entfernt werden.

BM Ulrichs erklärt, dass ihm keine anderslautenden Informationen vorliegen. Er wolle hierzu nachhaken.

RM Podein führt die missbräuchliche Nutzung des Hafenterminals an. Der Betrieb eines Fahrradverleihs sei hier nicht zulässig und der Landkreis schreite bereits ein.

zu TOP 11 Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

- a) Herr Luttmann erkundigt sich über die Beschilderung am „Watt Welten Besucherzentrum“. Hier stehe das Verkehrszeichen 239 (Sonderweg Fußgänger) –

über andere Zuwegungen würde nicht ersichtlich, dass in diesem Bereich das Rad geschoben werden müsse. Er fragt, ob nicht ein gemeinsamer Fuß- und Radweg ausgeschildert werden könne. BM Ulrichs antwortet, dass zum Verkehrsfluss am Hafen eine Bewertung erstellt worden sei. Nach dieser habe man hier einen Fußgängerbereich ausgewiesen. Tatsächlich führen jedoch einige Radfahrer bis zum Fahrradständer. StAR Vißer ergänzt, dass auf der Promenade Radfahren nicht erlaubt sei.

- b) Herr Luttmann regt an, den Bauplatz vor dem LVA-Containerbau zur Saison in einen ordentlicheren Zustand bringen zu lassen.
- c) Frau Bakker-Dinkla fragt, warum der WTV Ausschuss trotz seiner Wichtigkeit so selten tage. BG Terfehr erklärt dies mit seinem gesundheitlichen Zustand im letzten Jahr. RM Dröst regt an, dass in so einem Fall der Vertreter tätig werden müsse. StAR Vißer appelliert an die Politik, Tagesordnungspunkte zu benennen. Die Durchführung einer Sitzung bedürfe auch einer gewissen Vorbereitung. BM Ulrichs stellt fest, dass bei den großen Themen, welche der WTV Ausschuss behandle, seit einiger Zeit der „große Wurf“ fehle. Der Verkehr werde immer mehr und es bedürfe mutiger Entscheidungen in einem Gesamtkonzept.
- d) Herr Harm regt an, ein generelles Tempolimit von 30 km/h auf der Insel einzuführen sowie generell rechts vor links gelten zu lassen. Dies würde es auch Radfahrern erleichtern, die Straße zu benutzen. Weiterhin sei es ein Problem, dass Segways auf dem Zuckerpad führen.
BM Ulrichs antwortet, dass im Rahmen der Straßenverkehrsordnung der Landkreis Aurich diese Entscheidungen für Norderney träfe. Die Einflussmöglichkeiten seitens der Stadt seien sehr begrenzt.
- e) Herr Hollander fragt, warum man auf Norderney das Fahren von Radfahrern in Fußgänger- zonen zulasse. StAR Vißer erklärt, dass die Bülowallee, Friedrichstraße, Schmiedestraße und die Jann-Berghaus-Straße zwischen Luciusstraße und Winterstraße teilweise für Radfahr-verkehr freigegeben seien. Diese Regelung sei politische Beschlusslage. Auf die Frage, warum an der Hafenstraße in beidseitiger Richtung der Radverkehr auf den Gehwegen zu-gelassen sei, antwortet StAR Vißer, diese Regelung sei vor sehr langer Zeit zum Schutze der Rad-fahrer getroffen worden. Mit der derzeitigen Beschilderung sei es dem Radfahrer auch möglich, auf der Fahrbahn zu fahren. BM Ulrichs ergänzt, dass die jetzige Regelung nicht glücklich sei, die Anordnungen habe der Landkreis durchgesetzt, um Rechtssicherheit zu schaffen.
- f) Frau Thiemann fragt, was für ein Gerät vor der Sitzung durch StAR Vißer eingeschaltet wurde. StAR Vißer erklärt, dass es sich um ein Diktiergerät zur Protokollführung handele. Frau Thiemann meint, man müsse in einer öffentlichen Sitzung darüber informiert werden. BM Ulrichs verweist auf die Geschäftsordnung.
- g) Frau Thiemann fragt, mit welcher Genehmigung ein Gast einen Quartierswechsel mit dem eigenen Auto vollziehen kann. StAR Vißer antwortet, dass die Fahrt mit dem Taxi oder evtl. mit einer Stundengenehmigung erfolgen könne.
- h) Frau Thiemann fragt, wie die Fahrzeuge der Feuerwehr versichert seien und wer die Prämie zahle. BM Ulrichs antwortet, die Fahrzeuge seien über den kommunalen Schadensausgleich versichert.
- i) Herr Fokken teilt eine durch die geänderte Busführung aufgetretene Straßenbeschädigung im Kreuzungsbereich Maybachstraße / Winterstraße mit. Er

fragt, warum die Buslinie noch über die Maybachstraße führe. StAR Vißer erklärt, dass diese Umlegung mit dem Umbau und einer geänderten Nutzung des Onnen-Visser Platzes einherging. Eine ausführliche Antwort könne er nach Prüfung im Rathaus geben.

- j) Frau Wunsch fragt, ob eine ergänzende Beschilderung zur rechts vor links Situation an der Kreuzung Hafestraße / Mühlenstraße angebracht werden könne. StAR Vißer erklärt, dass die rechts vor links Regelung üblich sei und ohne Zusatzschilder auskommen müsse. Es gäbe die Idee eines Kreisverkehrs an dieser Kreuzung. Das Schild „geänderte Vorfahrt“ hätte wenig Auswirkungen.
- k) Herr Luttmann appelliert an den Verwaltungsvollzugsdienst und an die Polizei, die allgemeinen Kontrollen zu verschärfen und Verstöße mit Verwarngeldern zu ahnden. BM Ulrichs ergänzt, dass man in regem Austausch mit der Polizei stehe und sogar eine Bitte an das Ministerium gestellt wurde. Verkehrsüberwachung habe nicht die oberste Priorität. Man stelle zurzeit einen dritten Vollzugsbeamten ein.
- l) Herr Schild fragt an, ob man das saisonale Durchfahrverbot an der Kreuzung Mühlenstraße / Jann-Berghaus-Straße von Ost nach West für E-Fahrzeuge aufheben könne. Als zweiten Punkt führt er den unterschiedlichen Lebensrhythmus von Gastronomieangestellten und z. B. Handwerkern und die dadurch entstehenden Probleme an. BM Ulrichs antwortet hierzu, man sei sich der Probleme bewusst und werde eine Lösung z. B. über das Bauplanungsrecht suchen.
- m) Frau Thiemann fragt POK Stange, ob er sich an seine Forderung nach einheitlichen Regelungen für Radfahrer in Fußgängerzonen erinnere. Dies wird bejaht.
- n) Herr Heckelmann fragt wie der Zuckerpfad seiner Zeit finanziert wurde. Man stellt fest, dass dies über ein „Radförderprogramm“ geschehen sei. StAR Vißer ergänzt, dass die damalige Planung nicht das heutige Radverkehrsaufkommen berücksichtige. Herr Kulisch fragt, warum die Randsteine auf dem Zuckerpfad nicht freigesäubert würden.
- o) Frau Göhn erkundigt sich über die Fahrradabstellsituation am Hafen. BM Ulrichs erklärt, dass es sich zurzeit nur um ein Provisorium handele. Eine Überdachung werde hinzukommen und die Fahrradständer würden eine neue Anordnung erhalten.
- p) Frau Thiemann hatte die Auskunft eines Polizisten erhalten, dass auch ein städtischer Vollzugsbeamter der fahrenden Radverkehr in Fußgängerzonen anhalten dürfe. POK Stange kann diese Auffassung nicht teilen.
- q) Herr Schäfer fragt nach der Sinnhaftigkeit der geplanten baulichen Änderung für die Fußgängerzone Jann-Berghaus-Straße. BM Ulrichs verweist auf die Testphase im letzten Jahr. Man werde zu diesem Thema noch weitere Überlegungen anstellen.
- r) Herr Hollander fragt, ob man den Karl-Rieger-Weg ab der Meierei tagsüber von 08:00 - 18:00 Uhr für den Individualverkehr (Kfz) sperren könne und im Gegenzug den Radverkehr über die Dünenwege verbiete.
- s) Frau Junker fragt, was man gegen die vielen stehenden Fahrräder in der Fußgängerzone Poststraße machen könne. BG Terfehr verweist auf ein zu erstellendes Fahrradleitsystem.
- t) Herr Jentsch fragt, ob vor den Wahlen noch eine Ratssitzung stattfinden werde. BM Ulrichs antwortet, dass diese voraussichtlich am 07.05. oder 08.05. stattfinde.

BG Terfehr bedankt sich für das rege Interesse und schließt die Sitzung um **20:56 Uhr**.

Johannes Terfehr
Vorsitzender

Frank Ulrichs
Bürgermeister

Marco Bargstaedt
Protokollführer